

DIGITALISIERUNG FÜR ALLE

Die bürgernahe Verwaltung stärken.

Jede:r Bürger:in soll unkomplizierten digitalen Zugang zu Verwaltungsleistungen erhalten. Zudem wird die digitale Infrastruktur massiv ausgebaut – damit jede:r einen guten Internetanschluss erhält – auch auf dem Land.

Das Leben leichter machen.



SPD
Fraktion im
Bundestag

Die Fakten

- Das reformierte Onlinezugangsgesetz ist ein Meilenstein auf dem Weg zu einer modernen und bürgernahen Verwaltung. Es schafft die rechtlichen Rahmenbedingungen für eine schnellere Digitalisierung der Verwaltung. Mit einheitlichen Standards sowie der zentralen Bereitstellung von IT-Komponenten – wie der Authentifizierung beim Online-Antrag oder zur Bezahlung – sollen Verwaltungsleistungen unkompliziert online erledigt werden können.
- Das Schriftformerfordernis wird umfassend durch digitale Anträge ersetzt, wodurch behördliche Anliegen vollständig elektronisch erledigt werden können, ohne dass eine zusätzliche Unterschrift oder ein physisches Dokument erforderlich ist.
- Eingeführt wird ein zentrales digitales Bürgerkonto (DeutschlandID), über das die gesamte Kommunikation mit der Verwaltung sicher und digital erledigt wird – vom Antrag bis zum Bescheid.
- Bürger:innen wird ab 2029 ein verbindlicher Rechtsanspruch auf elektronischen Zugang zu den Verwaltungsleistungen des Bundes eingeräumt.
- Auch bei der digitalen Infrastruktur gibt die Regierung Gas: Das Ziel ist, bis Ende 2025 50 Prozent der Haushalte und Unternehmen über Glasfaser an das Netz anzuschließen. Im Mobilfunk soll möglichst bis 2026 eine flächendeckende, unterbrechungsfreie Sprach- und Datenkommunikation erreicht werden. Bis zum Jahr 2030 soll es Glasfaser bis ins Haus und den neuesten Mobilfunkstandard überall dort geben, wo Menschen leben, arbeiten oder unterwegs sind.
- Aktuell ist 97 Prozent der Fläche Deutschlands mit 4G und 91 Prozent mit 5G durch mindestens einen Netzbetreiber versorgt.